

Zeitschrift: Schaffhauser Beiträge zur vaterländischen Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Schaffhausen
Band: 49 (1972)

Artikel: Die Parteien im Grossen Rat des Kantons Schaffhausen 1909-1912
Autor: Schoch, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-841294>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Parteien im Grossen Rat des Kantons Schaffhausen 1909—1972

Von H a n s S c h o c h

Wahlssystem und Wahlkreise

Im Kanton Schaffhausen wurde bis 1956 nach dem Majorzwahl-system gewählt. Die Statistik vermittelt deshalb kein klares Bild über die effektiven Parteistärken. Verfügte eine Partei in einem Wahlkreis über etwas mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten und gelang es ihr, diesen Anhang an die Urne zu bringen, so brachte sie alle im betreffenden Wahlkreis aufgestellten Kandidaten durch. Geringe Differenzen in der Stimmkraft waren unter Umständen entscheidend für die parlamentarische Stellung einer Partei, ja für deren Sein oder Nichtsein, falls — wie dies der Schaffhauser Bürgerblock und die Neuhauser Sozialdemokraten im Jahre 1916 erfolgreich erprobten — absolute Ausschliesslichkeitspolitik betrieben wurde. Aus dem Wahlerfolg der vereinigten Linken (Sozialistische Arbeiterpartei) von 1936 zog die «Arbeiter-Zeitung» den triftigen Schluss, dass der Majorz wie ein Bumerang wirkte: «Er flog auf jene zurück und traf sie erfreulich empfindlich, die Jahrzehnte mit diesem Wahlverfahren ihre Mehrheitsstellung behaupteten . . .»¹ Tatsächlich war es in den drei vorangegangenen Wahlen geschehen, dass das «vaterländische» Lager seine Listen restlos durchbringen und die Opposition durch einen «freiwilligen Proporz» im gewünschten Masse zur Mitverantwortung in der Gesetzgebung heranziehen konnte. Auch die bürgerliche Rechte entschuldigte eine ihrer wenigen Schlappen mit den «Tücken des Majorzes», und 1936 musste die Nationale Front bitter konstatieren: «durchschnittlich 2500 Stimmen = 19 Mandate; 1000 Stimmen = 0 Mandate»².

Politische Minderheiten konnten nur im Schlepptau des Freisinns oder der Sozialisten ins Parlament gelangen. Eine Listengemein-

¹ *Arbeiter-Zeitung*, 2. November 1936.

² *Grenzbote*, 2. November 1936.

schaft mit dem Freisinn war für die bürgerlichen Minderheitsparteien die einzige erfolgversprechende wahltaktische Möglichkeit. Die «Bürgerliche Einigung», mit der sich 1948 und 1952 auch noch der Landesring arrangierte, in der sich also «Gewerbler und Migros», «streitende Glaubensbrüder» und der «kirchenfeindliche Freisinn», Jungliberale, Bauern und parteilose «Lockvögel» zusammenfanden, sie war für die Linke seit jeher ein negatives Gebilde, «das durch nichts Gemeinsames als durch die Gegnerschaft und die Angst vor den Sozialisten zusammengehalten wird»³.

Die politischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit entsprechenden Einwohnerzahlen bildeten Wahlkreise, die ihre Vertretungen für den Grossen Rat nach dem Majorzwahlssystem selbstständig bestimmten. Die Zahl der Ratsmitglieder ergab sich aus der sogenannten Repräsentationsziffer, das heisst aus der verfassungsmässig angesetzten Zahl von Einwohnern, auf die in jedem Wahlkreis je ein Kantonsrat zu wählen war. Bevölkerungsbewegungen bedingten aber stetige Modifikationen der Wahlkreise und der Repräsentationsziffer⁴. Durch Verfassungsrevisionen wurde 1912 und 1924 die Repräsentationsziffer von 500 auf 600 bzw. von 600 auf 700 erhöht, und mit Dekreten des Grossen Rates wurden nach jeder eidgenössischen Volkszählung die Wahlkreise und die Zahl der darin zu wählenden Mitglieder festgelegt. In der Zeitspanne von 1900 bis zum Proporzdekret vom 30. August 1954 (6 Wahlkreise: Schaffhausen, Klettgau, Neuhausen, Reiat, Stein am Rhein; Buchberg-Rüdlingen wählt einen Vertreter im Majorzverfahren) wurden vom Grossen Rat für die Gesamterneuerungswahlen 25 bis 30 Wahlkreise mit insgesamt 76 bis 86 Volksvertretern dekretiert, wobei nach 1900 namentlich Altdorf-Hofen und Opfertshofen-Bibern (1912), Stein am Rhein und Hemishofen (1924), Hemishofen, Ramsen und Buch (1944), Osterfingen und Wilchingen (1944) zu einem Wahlkreis vereinigt wurden.

Die Stadt und die Industriegemeinden waren im Brennpunkt der Interessen, weil die dortigen Verschiebungen «eine politische Richtlinie» statuierten, «die sich im ganzen Ratsplenum geltend machte». «Politische Entscheidungen fallen in der Stadt Schaff-

³ *Arbeiter-Zeitung*, 1. November 1956.

⁴ vgl. *Regierungs- bzw. Staatskalender*.

Botschaft des Grossen Rates vom 25. Oktober 1963 (Einführung der festen Sitzzahl).

hausen und in Neuhausen⁵.» Die Landschaft, die von der politischen Entwicklung der ersten Jahrzehnte nicht berührt wurde, ist in der Statistik vorerst nicht berücksichtigt worden.

Die Schaffhauser Politik, die sich mit dem Kommunismus und dem Faschismus auseinandersetzen musste, kann nicht aus den weltweiten Bezügen herausgelöst werden. Die heftigen Wahlkämpfe waren den Verhältnissen zwischen Rhein und Wutach oft nicht angemessen.

Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien

- 1901 Auf die ideelle Gleichschaltung (1892/93) folgt mit dem Kollektivbeitritt des Schweizerischen Grütlivereins zur Sozialdemokratischen Partei der Schweiz der organisatorische Zusammenschluss.
- 1904 Am 31. Januar — eine Woche nach der konstituierenden Versammlung der *Freisinnig-demokratischen Partei*⁶ — gründen die sozialdemokratisch orientierten Schaffhauser Grütlianner die *Sozialdemokratische Partei*, die durch den Kollektivbeitritt der verschiedenen Grütlivereine und Gewerkschaften belebt wird⁷.
- 1905 Kirchlich gesinnte Protestanten gründen den *Liberalen Verein*⁸. Die Verschmelzung mit der *Evangelisch-sozialen Vereinigung* und der gleichzeitige Beitritt zur Evangelischen Volkspartei der Schweiz (1922) steht im Zeichen der Stagnation des gesamteidgenössischen Parteilebens der Liberaldemokraten.
- 1911 Nachdem der schweizerische Zentralverband den christlich-sozialen Organisationen die Gründung von Parteien nahegelegt hat, konstituiert sich auf der Grundlage der katholi-

⁵ *Schaffhauser Nachrichten*, 3. November 1952.

⁶ KONRAD BRÜTSCH, *Die freisinnig-demokratische Partei im Kanton Schaffhausen 1904—1930* (100 Jahre Demokratie im Kanton Schaffhausen 1831—1931, Schaffhausen 1931, S. 108 f.).

⁷ PAUL MAAG, *50 Jahre Gewerkschaftskartell (Arbeiterunion) Schaffhausen 1889 bis 1939*, Schaffhausen 1939, S. 60.

⁸ *Statuten des Liberalen Vereins des Kantons Schaffhausen*, Schaffhausen 1905.

schen Weltanschauung die *Christlich-soziale Partei*, die sich für die religiösen, sozialen und politischen Interessen der Diaspora-Katholiken einsetzt⁹.

- 1917 Auf Grund der sozialdemokratischen Radikalisierung macht sich der *Grütliverein* Schaffhausen selbständig und tritt in einer Kantonsratserstwahl nach dem Generalstreik (1918) erstmals gegen die Sozialdemokraten auf¹⁰.
- 1918 Die Landwirte geben ihrer Berufsvereinigung eine politische Dimension, indem sie den Landwirtschaftlichen Verein zu einer Bauernpartei ausbauen. Bis zur organisatorischen Trennung (1956) ist die *Bauernpartei* der politische Ueberbau des *Landwirtschaftlichen Vereins*¹¹.
- 1921 Die Schaffhauser Sozialdemokraten ratifizieren in einer Urabstimmung die am vorgängigen Parteitag beschlossene Annahme der 21 Bedingungen für die Aufnahme in die Dritte Kommunistische Internationale (Komintern). Gestützt auf diesen Entscheid des Parteivolkes, beschliesst ein weiterer Parteitag den Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. Die leninistische Parteilinke, die aus der Sozialdemokratie ausschert, formiert sich zur *Kommunistischen Partei der Schweiz*¹². Einige Monate danach entsteht in Schaffhausen eine neue *Sozialdemokratische Partei*, die später mit dem *Grütliverein* (*Sozialdemokratische Volkspartei*) fusioniert¹³.
- 1930 Die Beschlüsse des sechsten Weltkongresses der Komintern (1928) lösen unter den Schaffhauser Kommunisten parteiinterne Richtungskämpfe aus, in deren Verlauf die linientreuen Stalinisten der leninistischen Opposition unterliegen. Der kommunistische Parteianhang mitsamt der Parlamentsfraktion lässt sich in die *Kommunistische Partei-Opposition* (KPO) überführen. Die Verfechter des stalinistischen Mos-

⁹ *Statuten und Programm der christlich-sozialen Partei Schaffhausen*, Schaffhausen 1911.

¹⁰ HANS MÜLLER, *Grütlianner-Manifest*, Zürich 1917.

¹¹ *Schaffhauser Bauer*, 31. Dezember 1918 und 2. Januar 1919.

¹² *Arbeiter-Zeitung*, 26./27. Oktober 1920, 31. Januar 1921 und 1. März 1921.

ERICH GRUNER, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1969, S. 135 ff.

¹³ *Schaffhauser Tagwacht*, 2. November 1929 und 30. Dezember 1933.

- kauer Kurses bleiben in der *Kommunistischen Partei-Linie* (KPL) politisch bedeutungslos¹⁴.
- 1932 Die *Neue Front* (ab 1934 *Nationale Front*) etabliert sich in Schaffhausen und erweitert als künftiger politischer Faktor das Parteispektrum nach ultrarechts¹⁵.
- 1934 Anlässlich einer Kantonsratsersatzwahl in Schleithem vermag sich die Nationale Front mit der umstrittenen Kandidatur Gottfried Bächtold ein einziges Mal durchzusetzen¹⁶.
- 1935 Der sozialdemokratische Parteitag in Luzern verabschiedet das «Programm der Umstände» mit dem Bekenntnis zur Demokratie «als Mittel für die Verwirklichung des Sozialismus» unter Billigung ihrer Verteidigung mit einem bewaffneten Grenzschutz.
- Nach der Abwendung der hiesigen Kommunisten von der Kominternpolitik und dem nationalsozialistischen und frontistischen Aufbruch (1933) führt die sozialistische Partnerschaft im Kampf um die sogenannte Kriseninitiative zur Vereinigung der Kommunistischen Partei-Opposition mit der Sozialdemokratischen Partei. Die in der *Sozialistischen Arbeiterpartei* (SAP) zusammengefasste Arbeiterschaft lässt sich wieder in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eingliedern und «anerkennen deren Beschlüsse und Statuten»¹⁷. Die Sozialisten übernehmen mit Ernst Bühler erstmals Regierungsverantwortung in der kantonalen Exekutive¹⁸.
- 1942 Die Sozialdemokratie projiziert in ihrem Nachkriegsprogramm («Neue Schweiz») eine genossenschaftliche Planwirtschaft und bietet damit etwas «Edleres . . . als ein Wirtschaftssystem, das nicht in der Lage ist, Krisen und Kriege zu überwinden»¹⁹.
- 1943 Mit ihrem Wirtschaftsmodell, das auf dem Hintergrund des «kapitalistischen Kreislaufes von . . . Massenarbeitslosigkeit,

¹⁴ WALTHER BRINGOLF, *Mein Leben*, Bern 1965, S. 145 ff.
GRUNER, S. 146 f.

¹⁵ WALTER WOLF, *Faschismus in der Schweiz*, Zürich 1969, S. 107 ff.

¹⁶ *Schleitheimer Bote*, 8. Mai 1934.

¹⁷ *Arbeiter-Zeitung*, 9. Juli 1935.

¹⁸ EDI JOOS, *Der Schaffhauser Regierungsrat 1876—1968* (Schaffhauser Nachrichten, 2. Oktober 1968).

¹⁹ *Arbeiter-Zeitung*, 4. November 1944.

- Rüstungskonjunktur, faschistischer Tyrannei und Kriegswahnsinn» Arbeit, Freiheit und Friede verheisst, gewinnt die Sozialdemokratie an Glaubwürdigkeit. In der Bundesversammlung nimmt sie mit 61 National- und Ständeräten,
- 1944 im Grossen Rat mit 31 Kantonsräten Einsitz.
Die *Partei der Arbeit* (PdA), die nach dem faschistischen Debakel aus den Trümmern der verbotenen schweizerischen KP aufsteigt, steht in den Grossratswahlen mit ihren wenigen Schaffhauser Genossen auf verlorenem Posten²⁰. Die Arbeiterbewegung hat sich nach langer Unrast konsolidiert.
- 1952 Die 1944 gestartete Initiative Georg Leu betreffend Proportionalwahl des Grossen Rates wird in der Volksabstimmung vom 14. Dezember angenommen.

Bemerkungen zur Statistik

Bis 1932 sind die politischen Kräfte gruppiert. Die Mandatsbestände der Koalitionsparteien, die ihre Stimmkraft auf eine gemeinsame Liste konzentrierten, sind mit Klammern zusammengefasst. Da die Wahlbündnisse im kantonalen Wahlkreisgefüge unterschiedlich kombiniert waren, konnten die Parteigruppen bei den Gesamtergebnissen nicht mehr erkenntlich gemacht werden. Obwohl die durch vierzigjährige Solidarität erhärtete «Bürgerliche Einigung» am Ende des Majorzzeitalters aufgelöst und jede Partei auf sich selbst verwiesen wurde, blieb der bürgerliche Zusammenhalt in den Listenverbindungen gewahrt: FDP — KVP — BGB (1956), FDP — KVP — EVP (1960), FDP — KCVP — BGB (1964).

Die demokratischen Parteien waren schon vor 1956 im Klettgau verbreitet. Ursprünglich waren es Lokalparteien, die keine gemeinsame Tradition hatten. Mit dem Freisinn, der bei der Landbevölkerung nicht hoch im Kurs stand, konnten sie sich nicht identifizieren.

In den Proporzahlen von 1956 und 1960 wurden die Beringer und Neunkircher Demokraten auf der Liste der BEK («Bürgerlich-demokratische Einigung des Mittelstandes und Gewerbes Klett-

²⁰ Schaffhauser Bauer, 6. November 1944. *Schaffhauser Nachrichten*, 6. November 1944.

gau») zusammengeführt, worauf sie eine Regionalpartei bildeten, die *Demokratische Partei Klettgau* (DPK).

Die demokratischen Kantonsräte aus dem Wahlkreis Reiat wurden in der Presse und im Staatskalender als Freisinnige registriert. Die Demokratische Partei Thayngen war früher auch nominell eine freisinnige Partei.

Im übrigen gab es in den zwanziger Jahren eine dem Mittelstand nahestehende *Demokratische Partei*, angeblich «eine Absplitterung der freisinnigen Partei²¹», die sich zwischen die grosskapitalistischen und anationalen Extreme zu stellen versuchte und 1922/23 im einstigen Grütlianer-Organ und «Echo vom Rheinfall», in der mittelständisch-linksdemokratischen «Schaffhauser Volks-Zeitung» sich Gehör verschaffen konnte.

Da von den «Parteilosen» je einer von der Demokratischen (bzw. Fortschrittlichen Volks-)Partei Beringen und von der Demokratischen Partei Neunkirch gestellt wurde, zwei weitere als Parteilose im städtischen Bürgerblock kandidierten und ein dritter von einer Bürgerpartei Herblingen nominiert wurde, müssen alle diese «Neutralen» dem rechten Flügel des Plenums zugerechnet werden.

Der 1916 auf der bürgerlichen Liste als «Wilder» gewählte «rote Müller», d. i. Verhörerichter Johannes Müller, war ein ehemaliger Grütlianer-Sozialdemokrat, der als loyaler Staatsbeamter und überzeugter Offizier mit der sozialdemokratischen Parteileitung in Konflikt gekommen war²². Ueberdem konvertierten während der Legislaturperiode 1925/28 drei kommunistische Vertreter, Stadtrat Meyer, Stadtpolizist Waldvogel und der Neuhauser Gemeinderat Moser-Gerlach, zur Sozialdemokratie²³.

Die Parteien im Wahlkampf

Sahen sich die Schaffhauser Sozialisten im Wahlherbst 1912 noch als Vertreter der Demokratie, die sich bemühten, «mit den bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten» und ihnen gegenüber eine «korrekte Haltung» einzunehmen, so führten sie vier Jahre später,









²¹ BRINGOLF, S. 126.

²² EDI JOOS, *Besprechung mit Johannes Müller, Rechtsanwalt, vom 28. Juni 1969.* Stadtarchiv Schaffhausen D IV 01.0.

²³ *Arbeiter-Zeitung*, 2. November 1928, 3. November 1928 und 23. November 1928.

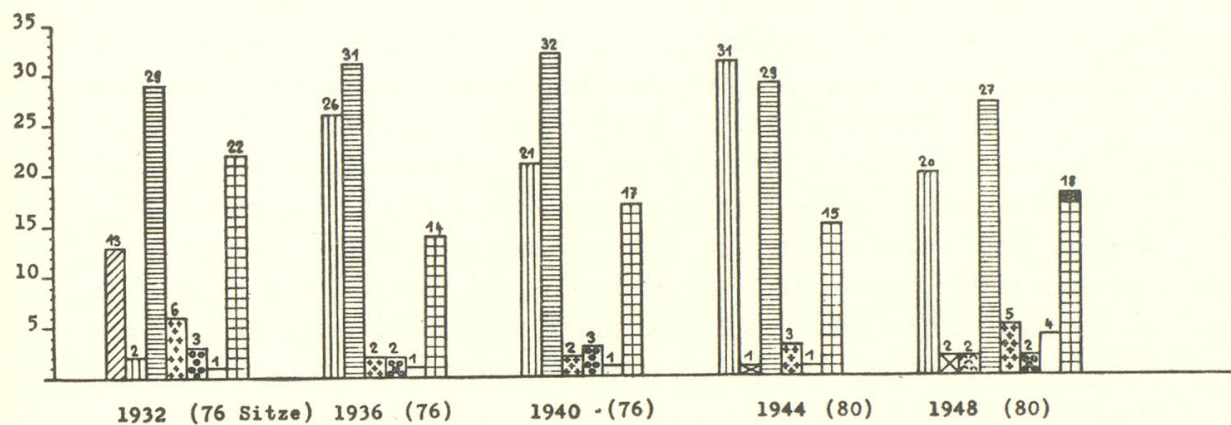
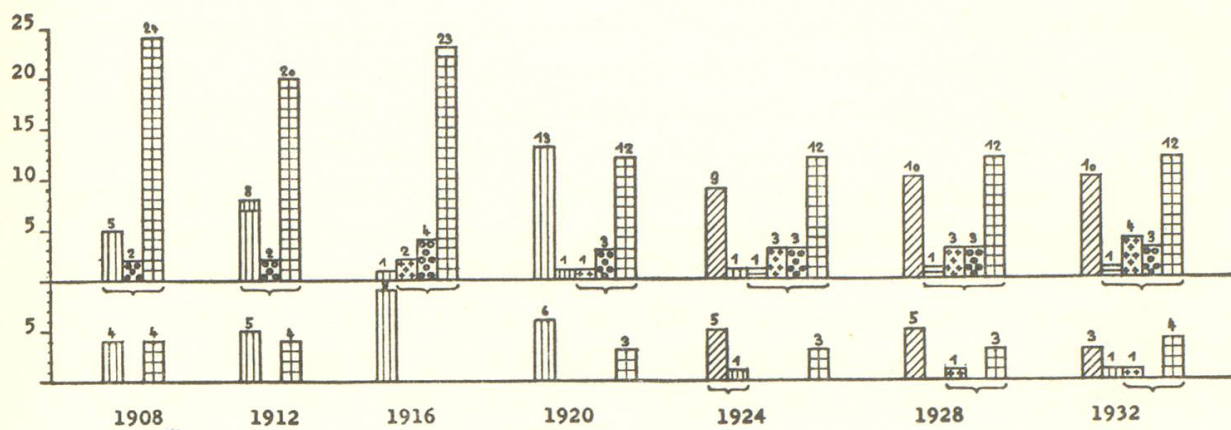
Sitzzahl der politischen Parteien im Grossen Rat des Kantons Schaffhausen

() Jahr der erstmaligen Wahlbeteiligung der nach 1908 in den Grossen Rat eingetretenen Parteien

-  Freisinnig-demokratische Partei / Jungliberale Bewegung (1940)
-  Demokratische Partei (1956)
-  Liberaler Verein → Liberal-demokratische Partei → Evangelische Volkspartei (1908)
-  Christlich-soziale Partei → Katholische Volkspartei → Katholische und christlichsoziale Volkspartei (1912)
-  Bauernpartei → Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (Stadt: 1924)
-  Parteilose
-  Landesring der Unabhängigen (1940)
-  Freiwirtschaftsbund → Liberalsozialistische Partei (1940)
-  Grütliverein (Sozialdemokratische Volkspartei) 1912: Platzunion des Verkehrspersonals Schaffhausen
-  Sozialdemokratische Partei → Sozialistische Arbeiterpartei → Sozialdemokratische Partei
-  Kommunistische Partei → Komm. Partei-Opposition (1924)

Erfolglose politische Gruppen

- 1920 Kartell der Angestelltenverbände von Schaffhausen (Kaufmännischer Verein, Werkmeisterverband, Technikerverband) und Kartell staatlicher Funktionäre (Verein staatlicher Beamter und Angestellter, Landjägerkorps des Kantons Schaffhausen)
- 1924 Demokratische Partei (zusammen mit dem Grütliverein und der Sozialdemokratischen Partei im «Mittelblock»)
- 1932 Kommunistische Partei-Linie
- 1936 Nationale Front
- 1944 Partei der Arbeit



nach der Ueberwindung des «Sozialpatriotismus» einen kompromisslosen «Kampf um politische und soziale Grundsätze», «um die Durchsetzung einer Weltauffassung». Der sachpolitische Antagonismus wurde ausgeweitet zu einem «Kampf zweier Systeme, zweier Weltanschauungen». «Unser Kampf gilt der heiligen Sache der Arbeiterschaft, der Beseitigung von Krieg und Militarismus, von Wucher und Teuerung: es ist ein Kampf für den Sozialismus²⁴.»

In der Radikalisierung des Wahlkampfes manifestiert sich die Entwicklung der Sozialdemokratie von der Klassenpartei zur revolutionären Klassenkampfpartei. Nach dem «roten Sonntag» (3. September 1916) wusste man auch in Schaffhausen, dass das innenpolitische Klima vergiftet war. «Während die Gefahren des Krieges unsere Grenzen umtoben und uns eindrucksvoll zum Zusammenhalten mahnen, hat leider im Lande der Eidgenossen Zwietracht Platz gegriffen, die in unverantwortlicher Weise stets neu entzündet und geschürt wird.» (Regierungsrat Albert Moser)²⁵ Mit wachsendem Parteifanatismus zeichnete sich in Schaffhausen und Neuhausen — an den «Stätten der Arbeit» — eine gegenseitige Entfremdung ab. Im Wahlherbst 1916 wurde jene Blockpolitik geboren, die im undifferenzierten Schema «hie Bürgertum — hie Arbeiterschaft» aufging. Der Freisinn und die «vaterländischen» Minderheitsparteien waren im «schwarz-blau-gelben» Bürgerblock gegen die Sozialdemokraten verbündet. Die Neuhauser entzweiten sich schon 1908 und 1912 und setzten sich über die bisherigen Wahlkonventionen hinweg. Eine gemeinsame Liste kam nicht mehr zustande.

Mit ihrer unfruchtbaren Schlagwortpolitik waren die kommunistische Linke und der Freisinn mit seinen Trabanten bald festgefahren. In den zwanziger Jahren stabilisierten sich die Blöcke, und das politische Leben erstarrte. Bezeichnend für den kompromisslosen Rigorismus ist das politische Schicksal der sozialdemokratischen Reformisten, die als kollaborierende Lakaien des politischen Gegners abqualifiziert und zwischen den Blöcken zerrieben wurden. Die «Renegaten», «Aucharbeitervertreter», «rosaroten Genossen» und «Handlanger der Bürgerlichen» waren aus der Perspektive der Bourgeoisie «Gegner zur Linken» mit sozialistischer Weltanschauung,

²⁴ *Echo vom Rheinfall*, 8. November 1916.

²⁵ *Schaffhauser Intelligenzblatt*, 11. November 1916.

die sich wie ihre doktrinären Genossen «die Revolution, den Klassenkampf, die Verstaatlichung aller Produktionsmittel auf die Fahne geschrieben haben»²⁶ und steuerlos «in der revolutionären Richtung der Moskauer» trieben²⁷.

Den Sozialdemokraten, die einen Zweifrontenkrieg «gegen den reaktionären Liberalismus des Freisinns . . . und den weltfremden Doktrinarismus der Bolschewiki» führten, muss immerhin attestiert werden, dass ihnen die Zukunft gehörte. «Unsere Zukunft wird nicht in der Versöhnung des Sozialismus mit seinem kommunistischen Halbbruder liegen, sondern in der Synthese zwischen den sozialistischen und demokratischen Ideen, in der Synthese zwischen der menschlichen Freiheit und der Gemeinschaft. Diese Synthese allein wird die Welt retten können und sie wird noch eine Kraft bedeuten, wenn Kommunismus und Faschismus und ähnliche Diktaturgewalten liquidiert sein werden.»²⁸ Die kommunistische Parteikrise zwischen 1928 und 1930 markiert die Wende zum konstruktiven Reformismus. Diese Krise, die erst 1935 überwunden werden konnte, wurde nicht einfach aus Moskau importiert, sondern sie hatte ihre eigentliche Ursache im Scheitern des revolutionär-internationalistischen Schaffhauser Kommunismus.

Aber das rote Banner der Diktatur des Proletariats war noch vor allzu kurzer Zeit durch unsere Strassen getragen worden, und den «Marxismus à la Bringolf und Genossen» hatte man allzu eindrücklich erfahren, als dass die Bürgerlichen ihr Urteil über die Sozialisten so schnell revidiert hätten wie letztere ihr Selbstverständnis. Und da die Polemik gegen das Kapital im traditionellen Stil fortgeführt wurde, blieb die Erinnerung an die «trübe parlamentarische Vergangenheit» der Sozialisten und das bürgerliche Misstrauen gewahrt, so dass die alten Fronten weiterhin Bestand hatten. Daher begegneten sich im Wahlkampf von 1948 immer noch die «grosskapitalistische Reaktion» und die «Wegbereiter des totalitären Kommunismus».

Aus dieser Reserve gegenüber den «im Herzen noch Kommunisten gebliebenen Sozialisten» trat die Bauernpartei heraus, die 1936 vom «Ernst der Stunde» eingenommen war und den Zeitpunkt für gekommen hielt, einen «Weg der versöhnenden Mitte»

²⁶ *Schaffhauser Intelligenzblatt*, 28. November 1924.

²⁷ *Schaffhauser Intelligenzblatt*, 26. Oktober 1932.

²⁸ *Schaffhauser Tagwacht*, 30. Dezember 1933.

einzuschlagen und in den Wahlen die Bisherigen links und rechts zu unterstützen. Die Klassierung «hier vaterländischer Bürger — dort Moskauer Bolschewiki und Volksfröntler» betrachtete der «Schaffhauser Bauer» als «unsäglich blöde, stupide Politikasterei». In der Wahlstrategie vor und während des Krieges war dieser Vorstoss zur Burgfriedenspolitik einmalig. Der Brückenschlag von rechts nach links wurde aber durch die bürgerliche Blockpolitik verunmöglicht. «Ein Paktieren mit den Marxisten kommt nie und nimmer in Frage²⁹.» Nachdem die Bürgerblockparteien die bäuerliche Vermittlungspolitik sabotiert hatten, entschloss sich die städtische Bauern- und Bürgerpartei zum Alleingang, wobei ihr Kantonsratskandidat von der Sozialistischen Arbeiterpartei ohne entsprechende Gegenleistung zur Wahl empfohlen wurde. In jener Zeit konkretisierte sich in einer rot-grünen Allianz die vom Agrarsozialisten Paul Schmid-Amman angestrebte Verständigung zwischen Bauer und Arbeiter.

Die Frontisten pflegten sich als Garanten für Ordnung und Aufbau und als einzige wirksame Opposition gegen den subversiven Bolschewismus auszugeben und wollten die «lebensuntüchtig gewordene liberale Demokratie» nach ihren Erneuerungsvorstellungen in einen «leistungsfähigen Volksstaat» umfunktionieren.

Mit der hoffnungslosen Zersplitterung des Bürgertums durch die Haltung der Bauernpartei und die Wahlbeteiligung der Nationalen Front wurde das «rechtsfreisinnig-katholische» Fiasko von 1936 unvermeidlich. Für die Katholische Volkspartei wirkte sich die Frontenfreundlichkeit der «Klerikalfaschisten um Dr. Ebner» verhängnisvoll aus. Die offizielle Unterstützung des frontistischen Ständeratskandidaten im Jahre 1933 machte sich nicht bezahlt. Die Sozialisten, die sich am Frontismus aufrichteten und in ihrer Wahlpropaganda immer wieder auf diese Fehlleistung Bezug nahmen, zerstreuten in den folgenden Kriegsjahren allfällige Skrupel ob dem «Unrecht» der katholischen Untervertretung und verwahrten sich allgemein gegen eine Honorierung «politischer Extravaganzen Richtung Front und Nationalsozialismus».

Im Jahre 1944, als die «Neue Schweiz» im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand, verstärkte sich die sozialistische Tendenz, aus der jüngsten Geschichte politisches Kapital zu schlagen. Die Linke fühlte sich für die Gestaltung der Zukunft legitimiert, um so mehr, als die

²⁹ *Schaffhauser Intelligenzblatt*, 27. Oktober 1936.

bürgerlichen Wahlmacher einem System das Wort redeten, «das die Welt nun innert 25 Jahren zum zweiten Male in eine furchtbare Katastrophe geführt hat»³⁰. «Der Freisinn auf dem Weg ins Nichts!» «Noch einmal versucht sie (die Weltreaktion), die krisen- und kriegsgebärende Wirtschaftsordnung in Gang zu setzen»³¹.» Anscheinend waren die Zeiten vergessen, da man sich «wimmernd unter die Schürze der Mutter Helvetia verkroch, damit diese sie beschütze»³².

Für den Wahlkampf von 1948 waren die alten Klischees aus der Klassenkampfzeit noch einmal gut genug. Die Bürgerlichen operierten mit dem Kommunistenschreck. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei sollten das Vertrauen in die nationale Zuverlässigkeit der Sozialdemokraten erschüttern. Die Sozialisten verketzerten in sattem bekannten Tönen die Grosskapitalisten als Ausbeuter des arbeitenden Volkes. Doch auf beiden Seiten erkannte man, dass die alten Tiraden des Gegners stumpfe Waffen waren. Nach der Durchexerzierung des roten und braunen Experimentes waren die traditionellen Kategorien überholt. Im Wahlscharmützel von 1952 klagte die «Arbeiter-Zeitung», dass die Arbeiterschaft sorglos und gleichgültig geworden sei. Tatsächlich hatte die Sozialistische Arbeiterpartei ihre frühere Dynamik und Attraktivität infolge der konjunkturellen Entwicklung eingebüsst. Als sie dem Freisinn zu verstehen gab, dass die Bedeutung unseres Kantons in der Welt nicht so gross sei, «dass der Ausgang unserer Wahlen etwas an der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ändern würde»³³, setzte sie sich von ihrer eigenen Vergangenheit ab.

³⁰ *Arbeiter-Zeitung*, 31. Oktober 1944.

³¹ *Arbeiter-Zeitung*, 4. November 1944.

³² *Schaffhauser Nachrichten*, 2. November 1944.

³³ *Arbeiter-Zeitung*, 30. Oktober 1952.